

Kombilohn soll Stellen schaffen

Regierung und SPD für staatliche Zuschüsse

Zur Entlastung des Arbeitsmarktes setzen Bundesregierung und SPD-Opposition auf Subvention von Niedriglöhnen. Eine „weitere Zunahme der Langzeitarbeitslosigkeit“ sei nur zu verhindern, wenn im Niedriglohnbereich „eine Leistung für Arbeitnehmer zusätzlich zum Lohn“ eingeführt werde, heißt es in einem Papier des Bonner Arbeitsministeriums. Das Regierungsprogramm für subventionierte Niedriglohnjobs soll noch vor der Wahl am 27. September veröffentlicht werden. Dies könnte dann nach der Wahl zu einer Entlastung des Arbeitsmarkts führen. Vorgesehen ist, daß Bezieher von Arbeitslosenhilfe künftig mehr Geld vom Arbeitsamt behalten dürfen, wenn sie eine schlecht bezahlte Stelle annehmen. So gefördert würden aber nur sozialversicherungspflichtige Jobs für zwei Jahre. Ein Sprecher des Ministeriums sagte, die Prüfung des Programms sei Anfang August abgeschlossen. Zu Inhalten äußerte er sich nicht. Die FDP-Sozialexpertin Gisela Babel befürchtet, daß viele Arbeitsplätze subventioniert würden, die auch ohne Staatshilfen entstanden wären.

Der SPD-Sozialexperte Rudolf Dreßler forderte Zuschüsse zu Lohn und Ausbildungsvergütungen. Im Gegenzug soll die Wirtschaft für Jugendliche ausreichend Arbeitsplätze und Lehrstellen schaffen. Die SPD will mit ihrem Vorstoß beispielsweise Kosten für Einarbeitung abdecken. Das finanziere sich, indem die staatliche Unterstützung für die sonst arbeitslosen Jugendlichen gespart werde.

Gleichzeitig präsentierte der DGB-Vorsitzende Dieter Schulte einen neuen Vorschlag in der Debatte um die abgabefreien 620-Mark-Jobs. Danach sollen auch solche Arbeitskräfte künftig Sozialbeiträge zahlen, denkbar sei etwa ein pauschaler geringer Beitragssatz.

Nach: Süddeutsche Zeitung vom 27.07.1998

